

# Luger ist auch für FuZo

In Sachen verkehrsberuhigter Domgasse zeichnet sich eine Mehrheit für eine Fußgängerzone (FuZo) ab.

VON CHRISTIAN DIABL

LINZ. In die Debatte um eine Verkehrsberuhigung in der Domgasse kommt Bewegung. Während Verkehrsreferent Martin Hajart (ÖVP) bekanntlich eine Begegnungszone präferiert, hat sich Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) am Samstag in den OÖN für eine Fußgängerzone ausgesprochen. Er begrüßt zwar die Idee einer Gastgartenerweiterung, will aber „mutiger“ sein. Eine Begegnungszone samt 20-km/h-Limit sei „weder Fisch noch Fleisch“, schneller könne man dort auch jetzt nicht fahren. Schärfer formuliert Wandel

Gemeinderat Clemens Brandstetter, der das Thema mit seinem Gemeinderatsantrag angestoßen hat und in einer Begegnungszone nur eine „Scheinlösung“ sieht. Hajart sei offenbar auf halbem Weg der Mut ausgegangen. „Für eine Mobilitätswende braucht es mutige und konsequente Entscheidungen“, so Brandstetter. Brandstetter wirft noch eine weitere Idee in die Polit-Arena: Der schon jetzt beste-



Foto: Wandel

CLEMENS BRANDSTETTER

hende Durchgang zwischen den Eingängen zur Kunstuniversität in der Domgasse und der Kollegiumgasse solle geöffnet werden. Dadurch wür-

de nicht nur ein lebendiger Kommunikations- und Begegnungsort entstehen, sondern auch eine Passage für Radfahrer und Fußgeher.

## Bürger sollen mitreden

Einig sind sich alle darin, dass es eine Bürgerbeteiligung geben soll. Der Antrag von Wandel und Grünen dürfte dem Mobilitätsausschuss zugewiesen werden. „Dort kann man diskutieren, denn man muss das schon in einem größeren Zusammenhang sehen“, sagt SPÖ-Klubobmann Stefan Giegler. Fix ist, dass SPÖ, Grüne und Wandel eine komfortable Mehrheit haben. Das weiß auch Hajart, der die entstandene Dynamik jedenfalls positiv sieht. Unterstützung kommt, wie berichtet, nicht nur von vielen Wirten, sondern auch von Gewerbebetrieben, wie dem dort ansässigen Ingen-



So könnte der Durchgang bei der Kunstuni aussehen. Foto: Wandel

urbüro aquaplan.ing. „Vor allem in Hinblick auf eine verkehrsberuhigte Linzer Innenstadt ist eine Fußgängerzone in der Domgasse ein wichtiges Puzzleteil einer längst überfälligen Veränderung“, sagt Geschäftsführer Harald Auer. Für autofahrende Kunden gebe es in den umliegenden Parkgaragen genug Alternativen.



Seit 2015 sucht Martin Wassermair den Notausgang und spricht dabei ausschließlich mit Frauen aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Foto: DorFTV

## Wassermair erneut für Fernsehpreis nominiert

LINZ. Nach einer Auszeichnung 2019 ist Politikredakteur Martin Wassermair mit dem Linzer Community-Sender DorFTV erneut für den Fernsehpreis der Erwachsenenbildung nominiert – diesmal für die Talkreihe „Wassermair sucht den Notausgang“. Mit ihr widmet sich Wassermair seit 2015 wichtigen Fragestellungen zu Politik und Kultur in Krisenzeiten.

Bei den Studiogästen der 39 Ausgaben glänzt die Sendung mit einem Frauenanteil von 100 Prozent. Ziel ist es, mit aufschlussreichen Gesprächen das Vertrauen der Menschen in Politik und Medien zu stärken und zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe anzuregen. Vergeben wird der Preis am 23. Juni 2022 von der Konferenz der Erwachsenenbildung (KEBÖ).

## Historische Villa abgerissen: Potocnik lässt nicht locker

LINZ. Der Abriss der historischen Villa Weinmeister auf dem Pöstlingberg hat für viel Kritik gesorgt. Das Bundesdenkmalamt (BDA) hatte das 1937 bis 1938 von Architekt Stephan Thiersch erbaute herrschaftliche Haus als „nicht denkmalwürdig“ eingestuft. Die Überprüfung durch eine Amtssachverständige habe ergeben, dass „es vergleichbare Villen gibt, die die Zeit der 1930er Jahre in einem authentischeren Zustand dokumentieren“, hieß es damals auf Anfrage.

### Anwalt eingeschaltet

Linz-plus-Fraktionsobmann Lorenz Potocnik reicht diese knappe Erklärung nicht. Er hat deshalb via Anwalt eine „Anfrage nach dem Auskunftspflichtgesetz“ an das BDA gestellt. So möchte er von Landeskonservatorin Petra Weiss unter ande-



Von der Villa Weinmeister ist nichts mehr übrig. Foto: Gerald Sopper

rem wissen, „aufgrund welcher Erwägungen und Argumente das BDA zu dem Ergebnis gekommen ist, wer sich vor Ort ein Bild gemacht hat und ob es Interventionen von Seiten der Architekten, Projektentwickler, Eigentümer oder aus der lokalen Politik gegeben hat“.